

Pflanzenzüchter kritisieren EuGH-Urteil - Handlungsbedarf bei Zuchttechniken

Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP) hat seine Kritik am Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zur Einstufung neuer Züchtungstechniken wie Genome Editing als Gentechnik bekräftigt und politischen Handlungsbedarf angemahnt. Es leuchte nicht ein, dass das gleiche Ergebnis herkömmlicher und neuer Züchtungsmethoden unterschiedlich behandelt und reguliert werde, erklärte die BDP-Vorsitzende Stephanie Franck im Interview. Sie befürchtet große Probleme bei der praktischen Umsetzung des Urteils und eine klare Benachteiligung der europäischen Züchter im internationalen Wettbewerb.

EU-Nachrichten 1

Förderneugeschäft der Rentenbank rückläufig - Einbruch bei Windkraftfinanzierungen

Das Förderneugeschäft der Landwirtschaftlichen Rentenbank ist 2018 spürbar gesunken. Hauptgrund dafür war ein deutlich schwächeres Interesse an Windkraftfinanzierungen. In den Fördersparten „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ sowie „Ländliche Entwicklung“ wurden dagegen kräftige Zuwächse verzeichnet. Vorstandssprecher Dr. Horst Reinhardt zeigte sich zufrieden mit der Gesamtentwicklung. Die Förderkredite der Rentenbank seien unverändert attraktiv für alle Arten von Investitionen in der Agrarwirtschaft und im ländlichen Raum. Im ersten Quartal 2019 setzte sich der Rückgang beim Förderneugeschäft allerdings fort.

Länderberichte 1

Steigende EU-Fleischexporte erwartet - Schweinefleisch mit höchsten Zuwachsraten

Die Fleischexporte der Europäischen Union sollen in diesem und im nächsten Jahr überdurchschnittlich stark zunehmen und dabei neue Rekordhöhen erklimmen. Die EU-Kommission prognostiziert in ihrem „Short-Term Outlook“ für 2019 einen Anstieg der Fleischausfuhren einschließlich Lebendvieh von 6,0 % auf 5,15 Mio t; 2020 soll ein Plus um 3,5 % auf 5,33 Mio t folgen. Mit Ausnahme von Schafffleisch soll es bei allen Fleischarten zu Exportsteigerungen kommen, am stärksten bei Schweinefleisch. Als Gründe für die höheren Fleischausfuhren werden neben der wachsenden globalen Nachfrage auch eine steigende EU-Erzeugung genannt.

Markt+Meinung 1

„Versöhnungsgesetz“ enttäuscht Landwirte

Ihren Gesetzentwurf zum gesamtgesellschaftlichen Artenschutz haben die Regierungsfractionen von CSU und Freien Wählern in den bayerischen Landtag eingebracht. Während die CSU-Fraktion darin zusammen mit dem Runden Tisch zur Artenvielfalt und der geplanten Annahme des Volksbegehrens durch den Landtag ein „kraftvolles Zeichen“ für mehr Artenschutz und ein versöhnliches Miteinander von Ökologie und Landwirtschaft sieht, nahmen die Kreisbäuerinnen und -obmänner des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) die wesentlichen Inhalte des Ausgestaltungsgesetzes zum Volksbegehren Artenvielfalt mit großer Enttäuschung auf. Aus ihrer Sicht bleiben Ergebnisse unberücksichtigt, auf die sich am Runden Tisch alle beteiligten Organisationen geeinigt hatten. Für die Freien Wähler treibt die Koalition mit dem Gesetz indes die Biodiversität und den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen weiter voran und mildert Schwächen des Volksbegehrens ab. Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber sieht in dem „Versöhnungsgesetz“ ein großes Gesamtpaket für mehr Ökologie und eine starke Landwirtschaft. Die CSU-Politikerin spricht gegenüber AGRA-EUROPE von einer „Leitentscheidung für Bayern“. Zugleich wirbt die Ministerin für mehr gegenseitiges Verständnis. Die Bereitstellung von zusätzlichen 75 Mio Euro für mehr Artenschutz sei „ein kräftiges Zeichen“, Landwirtschaft und Umwelt zu stärken. An diesem Mittwoch findet die Erste Lesung der Vorlage im bayerischen Landtag statt. Bis zur Sommerpause soll der Gesetzgebungsprozess abgeschlossen sein.

Länderberichte 27 und 28